



GFFB gGmbH
Mainzer Landstraße 349
D-60326 Frankfurt am Main

Katja Rodtmann
Leitung
Unternehmenskommunikation

PHONE: +49 (0)69-951097-122
MOBILE: +49 (0)152-53382946
FAX: +49 (0)69-951097-189
E-MAIL: rodtmann@gffb.de

www.gffb.de

Frankfurt am Main, 3. November 2023

PRESSEEINLADUNG

Stoppt den sozialen Kahlschlag Kundgebung am 8.11.2023 am Römerberg

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg*innen,
zusammen mit zahlreichen Bildungseinrichtungen und
Arbeitsmarktdienstleistungsunternehmen rufen wir zur Teilnahme an einer
Kundgebung gegen den sozialen Kahlschlag in der Arbeitsmarktförderung auf:

Mittwoch, 08.11.2023

von 9:30 bis 11: 30 Uhr

Römerberg (Gerechtigkeitsbrunnen)

Veranstalter*innen, Mitwirkende und Unterstützer*innen sind neben der GFFB gGmbH unter anderem der **Caritas Verband, die Diakonie, der Frankfurter Verein, die GWR, das Zentrum für Weiterbildung, Weiterbildung Hessen, LAG Arbeit in Hessen, Der Paritätische Hessen und der DGB.**

Gemeinsam setzen wir ein Zeichen gegen Sozialabbau und die Kürzungen von Bildungsangeboten für Jugendliche und Erwachsene, die dramatische Auswirkungen auf die Stadt Frankfurt haben werden.

Wir würden uns freuen, wenn Sie das Thema in Ihrer Berichterstattung aufgreifen würden und stehen Ihnen bei Rückfragen und für weitere Informationen gerne zur Verfügung.

Mit besten Grüßen

Katja Rodtmann
Leitung Unternehmenskommunikation



Sozialen Kahlschlag stoppen!

Kundgebung
Frankfurt
08.11.2023
09:30 - 11:30 Uhr
Römerberg
(Gerechtigkeitsbrunnen)

Hintergrundinformationen zur Kundgebung

Anlass für diese Kundgebung der Bildungseinrichtungen und Beschäftigungsträger ist die Planung der Bundesregierung, die massive Mittelkürzungen in Höhe von ca. 500 Millionen Euro im Jahr 2024 bei der Arbeitsmarktförderung vorsieht. Die Verantwortung für diese Entscheidung liegt im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesfinanzministerium und dem Haushaltsausschuss des Bundestages.

Für das Jobcenter der Stadt Frankfurt am Main bedeutet dies bspw. eine Kürzung von 16 Mio. Euro im Jahr 2024, verbunden mit einer Ankündigung weiterer Kürzungen in 2025.

Dieser Kahlschlag in der Arbeitsmarktförderung, wird dramatische Auswirkungen in den Kommunen haben. Erwerbslose Menschen, die sich beispielsweise für eine Umschulung oder Fortbildung interessieren, erhalten bereits jetzt in Frankfurt am Main keine Förderzusage mehr durch das zuständige Jobcenter. Bei dem anhaltenden und weiter steigenden Fachkräftemangel ist diese Planung der Bundesregierung völlig unverständlich und das Gegenteil einer Qualifizierungsoffensive, die mit dem neuen Bürgergeldgesetz angekündigt wurde.

Mitte November findet die entscheidende Sitzung des Haushaltsausschusses im Bundestag statt, bei dem noch Veränderungen zur aktuellen Planung verhandelt werden können. In der Bevölkerung sind die Auswirkungen dieser Entscheidung jedoch noch weitgehend unbekannt.

Diese geplanten Kürzungen gehen zu Lasten von den erwerbslosen Menschen, die eine Begleitung und Qualifizierung zum beruflichen Wiedereinstieg und der Teilhabe in unserer Gesellschaft am Nötigsten brauchen. Ein Teufelskreis wird in Gang gesetzt, professionelle Strukturen werden zerschlagen, die soziale Ungleichheit und die ohnehin prekäre Lebenssituation der Betroffenen verschärft, die Möglichkeiten sozialer Teilhabe und Möglichkeiten der Qualifizierung von Fachkräften drastisch eingeschränkt.

Die Bildungseinrichtungen und Sozialunternehmen wollen über den drohenden Abbau zahlreicher Angebote für erwerbslose Menschen informieren, die auch zahlreiche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen betreffen.

Als Fachexpertin und Interviewpartnerin steht Ihnen Barbara Wagner, geschäftsführende Gesellschafterin der GFFB gGmbH und stellvertretende Vorstandsvorsitzende bei Weiterbildung Hessen e.V., gerne zur Verfügung:

**Tel. 069-951097-120
wagner@gffb.de**